



An den Grossen Rat

25.5363.02

BVD/P255363

Basel, 12. November 2025

Regierungsratsbeschluss vom 11. November 2025

Schriftliche Anfrage Tobias Christ «betreffend Durchfahrtskontrolle zur Entlastung der Breite und des Kleinbasels»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Tobias Christ dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Bereits im Rahmen der Diskussion um den Rheintunnel brachte die grünliberale Fraktion mit dem «Anzug Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere» (24.5068) zum Ausdruck, dass Massnahmen für die Entlastung der Quartiere Breite und Kleinbasel vom Ausweichverkehr der Osttangente dringlich sind.

Mit dem Ziel, diesen zunehmenden Ausweich- und Transitverkehr einzudämmen und die Quartierbevölkerung zu schützen, führt die Gemeinde Birsfelden in der angrenzenden Basel-Landschaft eine automatische Durchfahrtskontrolle (ADK) ein. Fahrzeuge werden an allen Ein- und Ausfahrten registriert; wer das Gemeindegebiet in kurzer Zeit ohne Berechtigung durchquert, erhält eine Busse. Es werden ausschliesslich Fahrzeugnummern, jedoch keine Personendaten gespeichert. Das Modell wurde mit der Datenschutzfachstelle Basel-Landschaft entwickelt und gilt diesbezüglich als bedenkenlos.

Dieses Modell erscheint dem Unterzeichnenden als innovativ, und es gilt seiner Ansicht nach zu prüfen, ob die Durchfahrtskontrolle für die Entlastung der Quartiere Breite und Kleinbasel vom Ausweichverkehr der Osttangente ebenfalls zum Einsatz kommen könnte. Allenfalls wäre sogar ein Anschluss an das Birsfelder System denkbar. Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass der Ausweichverkehr der Osttangente eine Belastung der Quartiere Breite und Kleinbasel darstellt?
2. Existiert dazu ein Monitoring, das aufzeigt, welche Gebiete und Strassen speziell betroffen sind? Wie beurteilt der Regierungsrat diese Belastung?
3. Wäre eine Durchfahrtskontrolle analog dem Modell Birsfelden eine geeignete Massnahme, um die betroffenen Gebiete und Strassen vom Ausweich- und Transitverkehr zu entlasten? Wäre das Modell auch bei komplexeren Strassenverläufen anwendbar?
4. Wie teuer ist das System in Birsfelden in der Anschaffung und im Unterhalt? Kann eine grobe Kostenschätzung gemacht werden, wie teuer die Anwendung in der Breite und im Kleinbasel wäre?
5. Wäre ein technischer und administrativer Anschluss an das System der Birsfelder Durchfahrtskontrolle denkbar und würde er ökonomisch Sinn machen?
6. Ist das Birsfelder Modell der Durchfahrtskontrolle auch für den Basler Datenschutz unbedenklich?

Tobias Christ»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Zu den einzelnen Fragen

1. *Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass der Ausweichverkehr der Osttangente eine Belastung der Quartiere Breite und Kleinbasel darstellt?*

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass es in Basel regelmässig zu Ausweichverkehr kommt, insbesondere wenn sich Autos und Lastwagen auf der Autobahn stauen, was derzeit wegen den Sanierungsarbeiten an der Osttangente häufiger vorkommt. Von der zusätzlichen Strassenbelastung sind neben den Durchgangsstrassen auch Quartierstrassen, insbesondere im Kleinbasel und in der Breite, betroffen.

2. *Existiert dazu ein Monitoring, das aufzeigt, welche Gebiete und Strassen speziell betroffen sind? Wie beurteilt der Regierungsrat diese Belastung?*

Wegen der Baustellensituation auf der Osttangente erfolgt ein kontinuierliches Monitoring unter der Federführung des Bundesamts für Strassen (ASTRA), das für die Autobahnen zuständig ist. Der Kanton bringt dabei insbesondere sein Interesse ein, dass Ausweichverkehr auf Quartierstrassen möglichst verhindert wird. Primär soll der Autobahnverkehr auch bei Stau auf der Autobahn bleiben. Sollte es doch zu Ausweichverkehr kommen, so soll dieser über verkehrsorientierte Strassen fahren, damit die Quartierstrassen möglichst nicht belastet werden. Auf der Basis der gewonnen Daten und Erkenntnisse des Monitorings werden in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und dem Amt für Mobilität laufend flankierende Massnahmen erarbeitet und umgesetzt. Ein Beispiel ist die Sperrung der Autobahneinfahrt Wettsteinallee in Richtung Norden seit dem 20. Oktober 2025 bis voraussichtlich September 2026. Dies soll den Stau und somit auch den Ausweichverkehr reduzieren. Des Weiteren werden Lichtsignalanlagen angepasst, um den Verkehr gezielt zu lenken oder nötigenfalls zu dosieren. So wurde beispielsweise eine Dosierung an den Autobahnausfahrten City und St. Jakob eingeführt, um sowohl das innerstädtische Strassennetz als auch die angrenzenden Wohnquartiere zu entlasten.

3. *Wäre eine Durchfahrtskontrolle analog dem Modell Birsfelden eine geeignete Massnahme, um die betroffenen Gebiete und Strassen vom Ausweich- und Transitverkehr zu entlasten? Wäre das Modell auch bei komplexeren Strassenverläufen anwendbar?*

Der Regierungsrat möchte den quartierfremden Durchgangsverkehr generell reduzieren. Hierfür prüft und ergreift das Bau- und Verkehrsdepartement regelmässig Massnahmen. So wird demnächst die Geradeaus-Fahrbeziehung aus dem Kannenfeldplatz in die Mülhauserstrasse unterbunden. Im Weiteren verfolgen die kantonalen Fachstellen die Entwicklungen und Lösungen in anderen Städten und Gemeinden. Dazu gehört auch die Massnahme in Birsfelden, zu der zum heutigen Zeitpunkt noch kein abschliessendes Fazit gezogen werden kann, unter anderem auch bezüglich der rechtlichen Zulässigkeit.

Zur Umsetzung eines Durchfahrtsverbots für einzelne Strasse oder Gebiete wäre die von Birsfelden umgesetzte Massnahme grundsätzlich eine denkbare Lösung. Bezüglich Eignung und konkreter Ausgestaltung im verästelten Strassennetz der Stadt Basel wären aber vertiefte Abklärungen notwendig. Hierzu sind zuerst die weiteren Erfahrungen in der Gemeinde Birsfelden abzuwarten.

4. *Wie teuer ist das System in Birsfelden in der Anschaffung und im Unterhalt? Kann eine grobe Kostenschätzung gemacht werden, wie teuer die Anwendung in der Breite und im Kleinbasel wäre?*
5. *Wäre ein technischer und administrativer Anschluss an das System der Birsfelder Durchfahrtskontrolle denkbar und würde er ökonomisch Sinn machen?*

Für die Umsetzung der automatischen Durchfahrtskontrolle wurde gemäss dem Protokoll zur Gemeindeversammlung der Gemeinde Birsfelden vom 16. Dezember 2024 ein Investitionskredit von 490'000 Franken bewilligt. Eine auch nur halbwegs belastbare Kostenschätzung für eine entsprechende Anwendung in der Breite und/oder im Kleinbasel ist auf dieser Basis nicht möglich. Hierfür braucht es zuerst die bereits erwähnten vertieften Abklärungen und eine Analyse der Erkenntnisse der Gemeinde Birsfelden. Dies gilt auch für die Frage, ob ein Anschluss an das System der Birsfelder Durchfahrtskontrolle denkbar wäre und ökonomisch Sinn machen würde. Das Amt für Mobilität wird zu gegebener Zeit auf die Gemeinde Birsfelden zugehen, um sich über Erfahrungen und mögliche Synergien auszutauschen.

6. *Ist das Birsfelder Modell der Durchfahrtskontrolle auch für den Basler Datenschutz unbedenklich?*

Bei Fahrzeugkontrollschildern handelt es sich um Personendaten im Sinne des baselstädtischen Informations- und Datenschutzgesetzes vom 9. Juni 2010 (IDG, SG 153.260). Diese Daten dürfen im Rahmen einer Durchfahrtskontrolle nur bearbeitet werden, wenn dafür entweder eine gesetzliche Grundlage vorhanden oder wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe erforderlich ist. Zudem müssen die Durchfahrenden beziehungsweise die Fahrzeughaltenden gestützt auf das Transparenzprinzip über die Datenbearbeitung informiert werden. Sofern diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist eine Durchfahrtskontrolle ähnlich dem Birsfelder Modell grundsätzlich auch in Basel-Stadt denkbar.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin